

LTWP-1-357

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Helmut Großmann (KV Südliche Weinstraße)

Titel: **LTWP-1-357: ENTWURF**
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel - 1
- Rheinland-Pfalz für alle nachhaltig gestalten

Antragstext

Von Zeile 356 bis 357 einfügen:

schreiben wir den Ökoaktionsplan fort, erhöhen den Bio-Anteil in und setzen uns für die Förderung von Öko-Modellregionen ein. Darüberhinaus machen wir uns stark für umweltfreundliche Innovationen in der Landwirtschaft - zum Beispiel Agri-PV, Agroforstwirtschaft und regenerative Landwirtschaft - sowie für eine bessere Regulierung des Bodenmarkts, um spekulative Anteilkäufe (Share Deals) zu verhindern.

Begründung

Ökologischer Landbau in der bisherigen Form ist voraussichtlich für die zukünftigen Herausforderungen nicht ausreichend. Wir müssen deshalb auch neue Ansätze voranbringen, die die **Anpassung an den Klimawandel** in der Landwirtschaft verbessern sowie **Betriebserträge und überbetriebliche Leistungen** (z.B. Kohlenstoffsenken, Hochwasserschutz und Artenvielfalt) erhöhen. Dafür gibt es bereits einige vielversprechende Modelle (z.B. Agroforstwirtschaft, regenerative Landwirtschaft und Agri-PV), die es verdienen vom Land und den Kommunen

gefördert zu werden. -

Ein spezielles Problem in der Landwirtschaft ist der **Bodenmarkt - stark steigende Kauf- und Pachtpreise**. Ich zitiere dazu von der Homepage der

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): "Ackerland in Bauernhand -

Einer der größten Missstände im Bereich der agrarstrukturellen Entwicklung besteht in der zunehmenden Übernahme ganzer landwirtschaftlicher Betriebe sowie deren Flächen durch inner- und außerlandwirtschaftliche Investoren. Nicht zuletzt diese Tatsache trägt zur immer weiter ansteigenden Konzentration von Agrarland in den Händen von Wenigen bei. Mehr noch: Land wird zum Spekulationsobjekt.

Ortsansässige und bäuerlich wirtschaftende Betriebe haben es zusehends schwer, an Acker- und Grünlandflächen zu kommen. Das gleiche gilt für junge Menschen,

die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen möchten. Kauf- und

Pachtpreise steigen stetig und sind z.T. für durchschnittliche Betriebe aus der Urproduktion nicht mehr zu bezahlen. Trotz vielfacher Beteuerungen ist es den

politisch Verantwortlichen bislang nicht gelungen, diese Entwicklung zu stoppen." -

Es sollte geprüft werden, wie man das Grundstücksverkehrsgesetz (GrdstVG) des Landes RLP sinnvoll anpassen kann. Dabei kann man sich vielleicht vom Land

Niedersachsen inspirieren lassen: dort liegt ein Gesetzentwurf im Landtag, der eine **Zustimmungspflicht der Genehmigungsbehörden für so genannte Share Deals** an Gesellschaften mit ländlichem Grundbesitz einführen würde.

Unterstützer*innen

Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen), Markus Alvarez Gonzalez (KV Mainz)